

Ratsmitglieder fraktionslos

Kreßner, Manfred	fraktionslos	
Sturm, Peter	fraktionslos	

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan	WfM	
Fuchs, Timo	WfM	
Liebig, Rolf	WfM	
Meier, Hans Lothar	WfM	
Schneider, Ulrich	WfM	anwesend ab 17:00 Uhr (ab TOP 11)
Schneider, Wilfried	WfM	

Es fehlte entschuldigt:Ratsmitglieder CDU

Hüttenmeister, Monika	CDU
-----------------------	-----

von der Verwaltung

Eggert, Hartwig
Himmeröder, Manfred
Hombitzer, Armin

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Er begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird mit Zustimmung des Rates TOP 16 „Inanspruchnahme von Räumen in gemeindlichen Gebäuden; Nutzungs- und Entgeltordnung“ von der Tagesordnung genommen, da zu diesem TOP weitere Gespräche mit den betroffenen Vereinen erfolgen sollen.

Des Weiteren beschließt der Rat einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Fortschreibung des Haushaltssanierungskonzeptes“ BV/164/12. Dieser Tagesordnungspunkt soll als neuer TOP 16 behandelt werden.

Über eine weitere Erweiterung der Tagesordnung aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion „Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Stärkungspaktgesetz“ stimmt der Rat wie folgt ab:

14 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Somit wird dieser Tagesordnungspunkt unter TOP 17 behandelt.
Die Tagesordnung ändert sich in der Nummerierung entsprechend.

Öffentliche Sitzung:

1	Investitionsprogramm für das Wasserwerk für die Jahre 2013 - 2017	Drucksache Nr. BV/151/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
-------------------	--

Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt die Annahme des Investitionsprogramms für die Jahre 2013 bis 2017.

2	Wirtschaftsplan des Wasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2013	Drucksache Nr. BV/150/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
-------------------	--

Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt die Annahme des beigefügten Wirtschaftsplans für das Wirtschaftsjahr 2013.

3	XXX. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung	Drucksache Nr. BV/154/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
-------------------	--

Der Rat der Gemeinde Marienheide beschließt den XXX. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung.

4	Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Marienheide für 2013	Drucksache Nr. BV/127/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
-------------------	--

Der Rat beschließt die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2013.

5	1. Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide vom 07.12.2005	Drucksache Nr. BV/128/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Der Rat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide vom 07.12.2005.

6	II. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Gemeinde Marienheide (Vergnügungssteuersatzung) vom 11.12.2002	Drucksache Nr. BV/100/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Der Rat beschließt den II. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Gemeinde Marienheide (Vergnügungssteuersatzung) vom 11.12.2002.

7	III. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Gemeinde Marienheide vom 09.12.1997	Drucksache Nr. BV/101/12
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Der Rat beschließt den III. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Gemeinde Marienheide vom 09.12.1997.

8	III. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Marienheide (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 14.04.2000	Drucksache Nr. BV/126/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt den III. Nachtrag zur Zweitwohnungssteuersatzung der Gemeinde Marienheide vom 14.04.2000.	

9	XIV. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)	Drucksache Nr. BV/129/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beschließt:	
a) die Kalkulation Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2013 – 2015	
b) den XIV. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren	

10	Einführung von Hallenbenutzungsgebühren; Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Sport- und Mehrzweckhallen der Gemeinde Marienheide (Gebührenordnung Hallen)	Drucksache Nr. BV/097/12 /2
-----------	---	---------------------------------------

RM Wottrich erklärt sich für befangen und nimmt gem. § 31 GO an der Behandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

RM Fernholz berichtet über die Ergebnisse aus dem Schul- und Sportausschuss und teilt mit, dass dieser für die Variante 1 (30.000 € für das Jahr 2013) ohne weitere Steigerung der Gebühren in den Folgejahren plädiert.

In einer anschließenden lebhaften Diskussion geben die Fraktionen nochmals ihr Meinungsbild ab.

Die CDU- und UWG-Fraktion stellen gemeinsam den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung über den Beschlussvorschlag Variante 1 (Empfehlung aus dem Schul- und Sportausschuss):

Vorsitzender

Herr Uwe Töpfer Bürgermeister Ja

Ratsmitglieder CDU

Herr Marc Coroly CDU Nein

Herr Michael Hettich CDU Nein

Frau Monika Hüttenmeister CDU Nicht anwesend

Frau Nadine Köster CDU Nein

Herr Dieter Kremer CDU Nein

Ratsmitglieder SPD

Herr Günter Berges SPD Ja

Herr Kurt Borner SPD Ja

Herr Wilfried Fernholz SPD Ja

Herr Harald Kramer SPD Nein

Herr Rolf Kühr SPD Ja

Herr Holger Maurer SPD Ja

Frau Birgit Meckel SPD Ja

Frau Anke Vetter SPD Nein

Herr Sven Wottrich SPD Befangen

Ratsmitglieder FDP

Herr Reimund Heringer FDP Ja

Frau Emmi Körbel FDP Ja

Herr Jürgen Rittel FDP Ja

Herr Dr. agr. Stefan Viebahn FDP Ja

Ratsmitglieder UWG

Herr Wolfgang Schellberg UWG Nein

Herr Mehmet Türkmen UWG Nein

Ratsmitglieder fraktionslos

Herr Manfred Kreßner fraktionslos Ja

Herr Peter Sturm fraktionslos Nein

Ratsmitglieder WfM

Herr Stephan Alefelder	WfM	Nein
Herr Timo Fuchs	WfM	Nein
Herr Rolf Liebig	WfM	Nein
Herr Hans Lothar Meier	WfM	Enthaltung
Herr Ulrich Schneider	WfM	Nicht anwesend
Herr Wilfried Schneider	WfM	Ja

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, 1 Befangen
Die Satzung (Variante 1) über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Sport- und Mehrzweckhallen der Gemeinde Marienheide (Gebührenordnung Hallen) wird beschlossen.	

Um 17:00 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde. Zwei Bürger melden ihr Fragerecht an.
Er erläutert kurz das Fragerecht und den Zeitrahmen.

Carsten Daase, Stettiner Str. 14 aus Marienheide trägt als Vorstand des TV Rodt-Müllenbach vor. Er weist darauf hin, dass er seine Frage gerne vor der Entscheidung für die Hallennutzungsgebühr gestellt hätte und wendet sich an die Ratsmitglieder, welche für die Hallennutzungsgebühr entschieden haben, mit der Frage: Sind sie sich darüber bewusst, dass ein Großteil des Sport bzw. der Handball stirbt, mit der Folge, dass durch den Mitgliederverlust die Gebühren auf noch weniger Sportler aufgeteilt werden müssen?

Gemäß Bürgermeister Töpfer steht Hr. Daase bzw. den Vereinen frei, sich aufgrund der vorangegangenen namentlichen Abstimmung, an die entsprechenden Fürsprecher der Hallennutzungsgebühr zu wenden.

Klaus-Klammroth, Höfeler Landstr. 51 aus Marienheide verliest für die Bürgerinitiative pro Wipperauen e.V. 2 Fragen, welche verwaltungsseitig beantwortet werden. Er überreicht der Verwaltung weitere Fragen der Initiative zur geplanten Errichtung einer Drehrohr-Thermolyseanlage.

Aufgrund der späteren Entscheidung unter TOP 21 „Alte Bahnhofsfläche Holzzipper“ verzichtet er ausdrücklich auf die Beantwortung der weiteren Fragen und bedankt sich bei der Verwaltung.

Die Einwohnerfragestunde wird um 17:15 Uhr geschlossen.

11	Einführung von Parkgebühren; Gebührenordnung für die Nutzung öffentlicher Parkplatzflächen der Gemeinde Marienheide (Parkgebührenordnung)	Drucksache Nr. BV/134/12
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Gebührenordnung für die Nutzung öffentlicher Parkplatzflächen der Gemeinde Marienheide (Parkgebührenordnung) auf der Basis der Variante 3 wird beschlossen.	

12	Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Gummersbach im Personenstandswesen	Drucksache Nr. BV/106/12 /1
-----------	---	---

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat stimmt den Änderungen in der als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Gemeinde Marienheide und der Stadt Gummersbach zur interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen des Personenstandswesens ab 01.01.2013 zu.	

13	Stellenplan 2013	Drucksache Nr. BV/125/12
-----------	-------------------------	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 wird beschlossen.	

14	Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan-Entwurf 2013	Drucksache Nr. BV/155/12
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Veränderungsnachweis zum Haushaltsplanentwurf 2013 wird beschlossen.	

15	Haushaltssatzung der Gemeinde Marienheide für das Haushaltsjahr 2013	Drucksache Nr. BV/159/12 /1
-----------	---	---

Für die Fraktionen halten RM Fernholz (SPD), RM Alefelder (WfM), RM Coroly (CDU), RM Rittel (FDP) und RM Schellberg (UWG) ihre Haushaltsreden.

Bürgermeister Töpfer fragt die fraktionslosen RM Kreßner und Sturm, ob sie ebenfalls äußern möchten.

RM Kreßner verneint dies. RM Sturm bezeichnet die Haushaltssituation der Gemeinde Marienheide nicht mehr als „geordnet“ und verweist auf das erneute Schreiben seines Anwalts. Mit einer Überlassung dieses Schreibens vom 19.11.2012 an alle Ratsmitglieder erklärt sich RM Sturm einverstanden.

Die Haushaltsreden der Fraktionen sind dieser Niederschrift als Anlage nachgehftet.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen
Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2013.	

16	Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes	Drucksache Nr. BV/164/12
-----------	---	------------------------------------

Kämmerer Himmeröder erläutert kurz den Grund für den geforderten Beschluss.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen
Der Rat beschließt die fortgeschriebene Haushaltssanierungsplanung gem. Anlage.	

17	Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Stärkungspaktgesetz	Drucksache Nr. AT/169/12
-----------	--	------------------------------------

RM Köster legt kurz die Gründe und die Eile für den Antrag dar.

Sie regt an, durch diese Beschwerde eine Verletzung des durch die Landesverfassung eingeräumten Rechts auf Selbstverwaltung für die Gemeinde Marienheide geltend zu machen.

Bürgermeister Töpfer teilt mit, dass ihm von keiner weiteren betroffenen Kommune

bekannt sei, dass dort Überlegungen einer dahingehenden Beschwerde bestehen. Zur Auslotung der Frage, ob eine Verfassungsbeschwerde gegen das Stärkungspaktgesetz Aussicht auf Erfolg hat, fand im Oktober mit den Städten Castrop-Rauxel, Schwerte und Dorsten sowie Prof. Oebbecke von der Universität Münster ein Gespräch statt. Im Ergebnis kommt Prof. Oebbecke zu der Empfehlung, von der Erhebung einer Verfassungsklage zunächst abzusehen. Auch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen die Festsetzungsbescheide 2012 mit der Zielrichtung, einen Vorlagebeschluss beim VGH NRW zu erwirken, sei aus den genannten Gründen wenig Erfolg versprechend.

Im Anschluss diskutiert der Rat ausgiebig über das Für und Wider sowie das Kostenrisiko einer solchen Beschwerde.

RM Fernholz stellt einen Antrag zur GO. Er beantragt, aufgrund der anwesenden wartenden Bürger zum Ende der Debatte zu kommen sowie um sofortige Abstimmung.

Der Rat stimmt mit 17 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen für eine sofortige Abstimmung ohne weitere Aussprache.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
Der Rat beauftragt den Bürgermeister, Verfassungsbeschwerde gegen das Stärkungspaktgesetz beim Verfassungsgerichtshof zu erheben.	

18	Bildung von Eingangsklassen im Grundschulbereich für das Schuljahr 2013/2014	Drucksache Nr. BV/146/12
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Marienheide vom 09.06.2009, zuletzt geändert durch Ratsbeschluss vom 12.07.2011, wird wie folgt geändert:	
Unter „Bürgermeister“ § 3 Abs. 2 wird ein Buchstabe j) mit folgendem Text eingefügt:	
„j)	Entscheidungen des Schulträgers nach § 46 Abs. 3 Satz 2 ff. SchulG. Soweit sich durch die Entscheidung gravierende Veränderungen in der Grundschul-landschaft ergeben, insbesondere die Einzügigkeit einer der beiden Gemein-schaftsgrundschulen, benötigt der Bürgermeister für seine Entscheidung die Zustimmung des Schul- und Sportausschusses.“

19	Anträge	
-----------	----------------	--

19.1	Antrag der FDP-Fraktion zur Radwegebeschilderung zwischen Marienheide und der Gemeindegrenze Richtung Genkeltalsperre	Drucksache Nr. AT/161/12
-------------	--	------------------------------------

Es werden offene Fragen geklärt und BM Töpfer verliest den Antrag der FDP-Fraktion.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Rat beauftragt die Verwaltung, Möglichkeiten der Finanzierung einer Radwegebeschilderung an den in der Begründung genannten Wegen zwischen Marienheide und der Kommunalgrenze Richtung Genkeltalsperre zu prüfen und ggfs. umzusetzen.	

20	Anfragen	
-----------	-----------------	--

20.1	Anfrage des Ratsmitglieds Wilfried Fernholz zum geplanten Bauvorhaben auf der alten Bahnhofsfäche Holzzipper	Drucksache Nr. AN/160/12
-------------	---	------------------------------------

RM Fernholz verliest nacheinander seine Fragen und Hr. Hombitzer beantwortet diese.

Die Beantwortung der Fragen wird der Niederschrift als Anlage nachgeheftet.

21	69. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 82 N "Alte Bahnhofsfäche Holzzipper"; Aufstellungsbeschlüsse	Drucksache Nr. BV/115/12
-----------	--	------------------------------------

Hr. Hombitzer weist auf die neuen Tischvorlagen hin.

Der Rat diskutiert ausführlich und alle Fraktionen geben ihr Meinungsbild ab.

RM Alefelder stellt einen Antrag zur GO. Er beantragt nach der Diskussion und vor der Abstimmung eine Sitzungsunterbrechung.

Von 18:57 Uhr bis 19:10 Uhr wird die Sitzung unterbrochen.

Bürgermeister Töpfer verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen
<p>Es wird beschlossen, ein 69. Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan durchzuführen. Parallel hierzu soll der Bebauungsplan Nr. 82 N „Alte Bahnhofsfäche Holzzipper“ aufgestellt werden. Ziel der Bauleitplanungen ist es, die planungsrechtlichen Grundlagen für die Errichtung und den Betrieb einer Drehrohr-Thermolyseanlage zu schaffen.</p>	

Somit wird mehrheitlich gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.

22	Regionales Einzelhandels- und Zentrenkonzept für Marienheide	Drucksache Nr. BV/116/12
-----------	---	------------------------------------

Die Verwaltung erläutert den Sachverhalt und weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Beratung dieses Tagesordnungspunktes noch einige Dinge abzuhandeln bzw. zu erörtern sind.

So liegt der Verwaltung eine Stellungnahme des Aktionskreises „Gemeinsam für Marienheide“ vor, worin darum gebeten wird, entgegen der Beschlussempfehlung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses doch das Einzelhandelskonzept in der vorliegenden Form zu verabschieden. Dieses Schreiben wurde bereits im Vorfeld der Beratungen allen Ratsmitgliedern übersandt.

Zudem gibt eine Anregung des Gärtnereibetriebes, welcher in der Leppestraße angesiedelt ist, dessen Betriebsgelände in die Festlegung des Hauptversorgungsbereiches einzubeziehen, um im Rahmen des Generationswechsels entsprechend expandieren zu können. Das entsprechende Schreiben liegt den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vor. Hierzu wurde eine Stellungnahme des beauftragten Gutachterbüros eingeholt, welche zum Inhalt hat, dass der Betrieb heute keine Großflächigkeit aufweist, und selbst bei einer Vergrößerung bis hin zu einer solchen Großflächigkeit dann keine Probleme zu erwarten sind, wenn die zentrenrelevanten Sortimente einen Anteil von 10 % nicht übersteigen. Aus diesem Grund kann die Abgrenzung des Hauptversorgungsbereiches in der vorgeschlagenen Form beibehalten werden.

Des Weiteren bedarf es einer Klarstellung hinsichtlich der Optionen zum Einzelhandelsstandort Schemmen. Auch hierzu wurde das Gutachterbüro nochmals gehört. Im Fall der Aufgabe eines dort bestehenden Einzelhandelsmarktes ist es zulässig unter Beibehaltung der Verkaufsflächen die Neuansiedlung eines gleichartigen Geschäftes zu ermöglichen. Eine Ausdehnung der Verkaufsfläche und somit eine Vergrößerung des dortigen Einzelhandelsansatzes ist jedoch zentrenschädlich und somit zu unterbinden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen
-------------------	---

Das von Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH entwickelte „Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Gemeinde Marienheide“ wird beschlossen und dient als Grundlage für die Gemeindeentwicklung der kommenden Jahre.

Für die räumliche Steuerung der zukünftigen Einzelhandelsentwicklung werden folgende Ziele für die Gemeinde Marienheide beschlossen:

- Stärkung und Entwicklung des Hauptzentrums Marienheide
- Konzentration der zentren- und nahversorgungsrelevanten Einzelhandelsentwicklung auf das Hauptzentrum Marienheide
- Stärkung und Erhalt einer flächendeckenden fußläufig erreichbaren Nahversorgung
- Keine weiteren Ansiedlungen zentrenrelevanter Sortimente in den Gewerbegebieten Rodt und Kalsbach-Kotthäuser Höhe sowie dem Standort „Bergische Gardinenfabrik“.

23	18. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Gewerbegebiet Rodt" a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs.1 u. 2 und 4 Abs. 1 u. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/138/12
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Stellungnahmen die während der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 sowie § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt abgewägt und beschlossen.</p> <p>b) Die 18. Änderung Bebauungsplanes Nr. 39 "Gewerbegebiet Rodt" wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplanänderung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB beigefügt.</p>	

24	20. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Gewerbegebiet Rodt" und 78. Änderung des Flächennutzungsplanes; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/135/12
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 25 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
-------------------	---

Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 36 „Gewerbegebiet Rodt“ ein 20. Änderungsverfahren durchzuführen. Ziel der Fortschreibung des Bauleitplanes ist es, in dem besagten Bereich die Errichtung eines großflächigen Einzelhandelsgeschäftes (Lebensmitteldiscountmarkt) zu ermöglichen.

Somit wird mehrheitlich gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.

25	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 "Am Gersnacken/Pestalozzistraße"; Fortschreibung des Aufstellungsbeschlusses	Drucksache Nr. BV/144/12
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, 1 Enthaltung
<p>Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 62 „Am Gersnacken/Pestalozzistraße“ eine Fortschreibung des Geltungsbereiches für die Änderungsplanung vorzunehmen. Die Abgrenzung ist dem beigefügten Übersichtsplan entnehmbar.</p>	

26	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 "Bergstraße/Hauptstraße" gem. § 13 BauGB; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/132/12
-----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 73 „Bergstraße/Hauptstraße“ ein 1. Änderungsverfahren durchzuführen. Ziel der Fortschreibung des Bauleitplanes ist die Schaffung eines Ausstellungsplatzes für Kraftfahrzeuge. Da durch die beabsichtigte Änderung die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, erfolgt die Fortschreibung des Bauleitplanes in einem vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB.</p>	

27	2. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Kotthausen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB; a) Ergebnis der Beteiligungsverfahrens gem. § 34 Abs. 6 i.V. mit § 13 Abs. 2 Nr.2 u. 3 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/136/12
-----------	---	------------------------------------

Hr. Hombitzer gibt eine kurze Erläuterung zum landschaftpflegerischen Fachbeitrag, der redaktionell überarbeitet wurde und teilt mit, dass die Auswirkungen jedoch unverändert seien.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
a) Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen. b) Die 2. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Kotthausen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 des BauGB wird in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.	

28	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit den letzten Ratssitzungen am 25.09. und 29.10.2012	Drucksache Nr. IV/149/12
-----------	---	------------------------------------

Der Rat der Gemeinde nimmt den Bericht zur Kenntnis.

29	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

Aktuelle Haushaltssituation

Ein Bericht zur aktuellen Haushaltssituation liegt allen Ratsmitgliedern als Tischvorlage vor.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
 Uwe Töpfer
 Bürgermeister

gez.
 Susanne Schorde